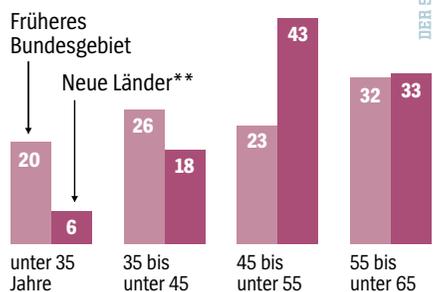


BILDUNG

## Alte Ost-Kollegien

Der sachsen-anhaltische Kultusminister Stephan Dorgerloh (SPD) will die Kollegien an den Schulen des Landes verjüngen. Dort, aber auch in den übrigen ostdeutschen Bundesländern, droht in den kommenden Jahren eine Überalterung des Lehrpersonals, weil die Länder nach der Wiedervereinigung kaum noch Pädagogen eingestellt haben. Die mittleren Jahrgänge zwischen 45 und 60 Jahren seien, so das Magdeburger Finanzministerium im Personalstandsbericht 2012, in Sachsen-Anhalt an den Schulen besonders stark vertreten. Junge Lehrer fehlen dagegen in den neuen Bundesländern (siehe Grafik). Dorgerloh, der amtierende Präsident der Kultusministerkonferenz ist, plädiert für eine „vernünftige Altersmischung“, um „wirklich gut Schule machen zu können“. Er wirbt in seinem Bundesland für einen sogenannten Demografie-Vertrag: Ältere Pädagogen sollten ihre Arbeitszeit zugunsten neuer Lehrer freiwillig reduzieren.

### Lehrkräfte nach Altersgruppen\* in Prozent



\* Voll- und Teilzeitbeschäftigte  
\*\* einschließlich Berlin  
Quelle: Statistisches Bundesamt



Bettina und Christian Wulff 2008

JUSTIZ

## Feiern bis Mitternacht

Das Landgericht Hannover will im August entscheiden, ob sich der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff wegen Bestechlichkeit vor Gericht verantworten muss. Das hat der zuständige Richter Frank Rosenow dem Ex-Politiker und dem ebenfalls angeklagten Filmproduzenten David Groenewold mitgeteilt. In diesem Fall würde der Prozess am 1. November beginnen, heißt es in der Justiz. Unterdessen hat offenbar eine neue Zeugin einer entlastenden Darstellung von Wulffs Ehefrau widersprochen. Bettina Wulff hatte Ermittlern gegenüber behauptet, sie und ihr Mann seien bei einem Besuch des Oktoberfestes im Jahre 2008 in München nur zwei bis drei Stunden im Festzelt gewesen. Sie hätten beim Besuch, der von Groenewold finanziert wurde, zudem kaum etwas konsumiert. Demgegenüber hat nach einem Vermerk des niedersächsischen Landeskriminalamts eine „Bild“-Journalistin, die bei der privaten Feier mit den Wulffs dabei war, die Situation anders in Erinnerung. Das Paar habe dort bis zur Schließung des Zelts gegen Mitternacht gefeiert, sagte die Zeugin. Bettina Wulff habe sogar zusammen mit ihr Champagner aus einem Bierkrug getrunken.

THÜRINGEN

## Entlassung gefordert

Mit einer umstrittenen Personalentscheidung bringt Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) die Große Koalition in Erfurt ins Wanken. Lieberknecht versetzte ihren Staatssekretär und Regierungssprecher Peter Zimmermann, 37, in den einstweiligen Ruhestand. Der Beamte war jedoch nicht in Ungnade gefallen, sondern er wechselt als Manager zum Internetunternehmen Unister. Mit der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand sicherte Lieberknecht ihrem Sprecher, der es auf fast sechs Jahre im Öffentlichen



Zimmermann

Dienst bringt, umfangreiche Ansprüche: drei Monate volle Staatssekretärsbezüge (9602 Euro), drei Jahre 71,75 Prozent (6889 Euro), danach lebenslang mindestens 3361 Euro. Der neue Job mindert die auszahlende Summe. Lieberknechts Koalitionspartner SPD fordert die Regierungschefin dringend zur Revision auf: „Das lebenslange Rundum-sorglos-Paket für den 37-Jährigen ist eine Zumutung – nicht zuletzt für den Steuerzahler“, klagt Fraktionschef Uwe Höhn. Lieberknecht müsse „schleunigst umsteuern“ und Zimmermann aus dem Pseudo-Ruhestand zurückholen: „Dann wird er entlassen.“

KOMMUNEN

## Widerstand gegen Zensus-Ergebnisse

Der Protest gegen die Ergebnisse der jüngsten Volkszählung wächst. Bis Ende vergangener Woche sind in den Statistischen Landesämtern bereits rund 270 Widersprüche von Städten und Gemeinden sowie von den beiden Bundesländern Hamburg und Berlin eingegangen. „Und das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange“, sagt Norbert Brugger vom Städtetag Baden-Württemberg. In einigen Ländern endet die Widerspruchsfrist erst in den nächsten Wochen, und in den großen Bundesländern Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen laufen noch Anhörungsverfahren zu den Zensus-Ergebnissen. Gleichwohl haben allein in Schleswig-

Holstein bereits mehr als 60 Kommunen Widerspruch eingelegt, weitere 46 in Brandenburg, 44 in Mecklenburg-Vorpommern, 27 in Sachsen, mindestens 21 in Hessen und 38 in Baden-Württemberg, wo die Frist erst Ende Juli endet. Besonders hoch ist die Widerspruchsquote im Saarland, wo 23 der 52 Kommunen das Ergebnis nicht akzeptieren wollen. Es gebe „berechtigte Zweifel“ an der Methodik und der Durchführung des Zensus, sagt Städtetags-Dezernent Brugger. Die Einwohnerzahlen, die über eine repräsentative Volksbefragung im Jahr 2011 ermittelt wurden, waren in vielen Städten eklatant niedriger als die Zahlen in den Registern der jeweiligen Meldeämter. Bei den betroffenen Kommunen kann dies zu erheblichen Einnahmefehlern führen, da sich wichtige staatliche Finanzierungssysteme nach der Einwohnerzahl richten. Auch die Größe der Kommunalparlamente und die Bezahlung der Bürgermeister hängen davon ab.